

Rot-Grün behauptet:

Die „Altlasten“ der Kohl-Regierung seien schuld.

Wahr ist:

Rot-Grün will sich aus der Verantwortung für die eigene Bilanz stellen
Rot-Grün hat das Land 1998 mit einer Wachstumsrate von 2,7% übernommen. Rot-Grün hat es in nur 7 Jahren geschafft, abzuwirtschaften und die rote Laterne in Europa zu übernehmen. (Wachstum 2004: 1,6 %, 2005: 0,8 %)

Die Arbeitslosigkeit ist von Rot-Grün auf 5 Mio. und damit auf ein Rekordniveau getrieben worden. Das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt 2005 erreicht mit 60,6 Mrd. € einen traurigen Spitzenwert.

Rot-Grün behauptet:

Die Blockadehaltung der Union im Bundesrat habe notwendige Entscheidungen verhindert

Wahr ist:

In der jetzigen Legislaturperiode des Bundestags scheiterte nur eines von 90 Gesetzen im Vermittlungsausschuss an der Union: Das Verfütterungsverbotsgesetz. Auch dem Subventionsabbau hat sich die Union nicht verweigert: Im Vermittlungsausschuss 2003 hat sie zu mehr als zwei Dritteln den von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zugestimmt.

Rot-Grün behauptet:

Die Union wolle eine generelle Erhöhung und Ausweitung der Mehrwertsteuer

Wahr ist:

Wir werden den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte auf 4,5% senken und dafür nur den oberen Satz der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte auf 18% erhöhen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Zeitschriften oder Fahrkarten für den ÖPNV findet nicht statt. Dort bleibt es bei 7%. Was bisher mehrwertsteuerfrei war, wie z.B. Privatmieten, bleibt das auch in Zukunft.

Rot-Grün behauptet:

Die Pläne der Union belasteten Arbeitnehmer.

Wahr ist:

Unterm Strich bringt unser Konzept eine Entlastung für Arbeitnehmer. Durch die Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung sparen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 1% bezogen auf den Bruttolohn. Für den Nettolohn bedeutet es, dass der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer ab dem 1. Januar 2006 etwa 1,6 Prozent mehr in der Tasche hat. Das gleicht die Erhöhung des oberen Mehrwertsteuersatzes mehr als aus: Unterm Strich bleibt für eine Normalverdiener-Familie ein Plus von etwa 20 Euro im Monat.

Rot-Grün behauptet:

Die Union belaste Rentner.

Wahr ist:

Rentenkürzungen finden mit der Union nicht statt. Unser Konzept sichert die Renten. Denn die Senkung der Lohnnebenkosten schafft Arbeitsplätze. Mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Einzahler in die Rentenkasse. Das stabilisiert unser Rentensystem. Dafür lohnt es sich, die durchschnittliche Mehrbelastung von 6 Euro pro Monat durch die Mehrwertsteuererhöhung in Kauf zu nehmen.

Rot-Grün behauptet:

Die Union wolle die Steuervergünstigungen für Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge schlagartig streichen.

Wahr ist:

Wir werden diese Steuervergünstigungen schrittweise innerhalb von 6 Jahren abbauen. Gleichzeitig werden aber in einem Schritt die Steuersätze gesenkt. Das bringt Entlastungen für alle, vereinfacht das Steuersystem und ist damit gerechter. Die Tarifpartner haben außerdem 6 Jahre Zeit, um auf die sinkende Steuervergünstigung im Rahmen der Lohnfindung zu reagieren.

Rot Grün behauptet:

Die Union sei die Steuererhöhungspartei

Wahr ist:

Die Union steht weiterhin für die Senkung von Steuern und Abgaben, Rot-Grün für ihre Erhöhung. Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2% schon zum 1. Januar 2006. Trotz der Mehrwertsteuererhöhung bringt das einem Normalverdiener-Haushalt eine Entlastung von etwa 20 Euro. Wir senken zum 1. Januar 2007 die Steuersätze auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und befreien eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von bis zu 38.200 Euro vollständig von der Einkommensteuer, das sind über 5100 Euro mehr als heute.

Es war Rot-Grün, die eine völlig neue Steuer, die Ökosteuer erfanden und fünfmal in Jahresstufen erhöhten. Die exorbitant hohen Energiekosten sind auch ein Ergebnis dieser Ökosteuer. Dank der rot-grünen Schuldenpolitik können wir diese Steuer nicht kurzfristig abschaffen.!

Rot-Grün behauptet:

Die vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung mache die Konjunktur kaputt

Wahr ist:

Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte auf 4,5% bringt mehr netto vom brutto bei den Löhnen und macht Arbeitsplätze in Deutschland konkurrenzfähiger. Das ist eine Voraussetzung, damit die Konjunktur endlich wieder anspringt.

Denn die Konjunktur kaputt gemacht hat Rot-Grün: Deutschland liegt seit Jahren beim Wachstum am Tabellenende der Länder in der EU. Das liegt nicht an der Mehrwertsteuer. Deutschland hat den zweitniedrigsten Satz in der EU und trotzdem keine Spur von Konjunktur. Die Ursachen liegen bei der Überregulierung des Arbeitsmarkts und bei den hohen Lohnnebenkosten. Dafür trägt Rot-Grün die Verantwortung.

Die Union wird diese Blockade mit der Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung und mit mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt auflösen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft sagt dazu: „Um...einen positiven Impuls für Wachstum und Beschäftigung zu geben, ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aber durchaus sinnvoll, wenn- und das ist unabdingbar- im Gegenzug...Sozialbeiträge gesenkt werden.“ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg schätzt, dass schon durch eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge um 1 %, finanziert durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 1 %, 100.000 bis 150.000 Jobs entstehen könnten.

Rot-Grün behauptet:

Die Union belaste Normalverdiener und entlaste hohe Einkommen

Wahr ist:

Unsere Steuerpolitik entlastet vor allem Normalverdiener und Familien. Wir senken bei der Einkommenssteuer sowohl den Eingangs- als auch den Spitzensteuersatz um 3%-Punkte. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Spitzenverdiener auch tatsächlich den Steuersatz zahlen, der im Gesetz steht. Durch das Schliessen von Steuerschlupflöchern und die Abschaffung von Steuer-Sparmodellen erwarten Experten allein 3 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die „Reichensteuer“ der SPD bringt höchstens 1,3 Milliarden Euro.

Der einheitliche Grundfreibetrag von 8 000 € pro Person, den wir einführen, wird zur Folge haben, dass eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von rund 38 200 € im Jahr keinen Cent Einkommensteuer mehr zahlen wird.

Unsere Steuerpolitik ist klar. Rot-Grün dagegen macht es heute so, morgen so und übermorgen wieder anders. Erst hat Rot-Grün den Spitzensteuersatz um sage und schreibe 11% gesenkt, jetzt soll eine „Reichensteuer“ als Feigenblatt erhalten. Rot-Grün will die Körperschaftsteuer, die vor allem Kapitalgesellschaften betrifft, von 25% auf 19% senken, gleichzeitig ist die Rede von „Heuschrecken“. Nichts passt zusammen, auf nichts ist Verlaß. Wir senken die Körperschaftsteuer auf 22%, weil mehr angesichts leerer Kassen nicht drin ist, und bringen Investitionen ins Land statt sie abzuschrecken.

Rot-Grün behauptet:

Die Bürger müssten unter einer Unionsregierung mit hohen Belastungen rechnen

Wahr ist:

Zum 1. Januar 2007 wird die Union den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer auf 8000 € für jede Person anheben. Vor allem Familien mit Kindern werden dadurch spürbar entlastet. Beispielsweise wird dann eine Familie mit zwei Kindern erst ab einem Jahreseinkommen von rund 38 200 € Einkommensteuer zahlen müssen. Dies sind über 5 100 € mehr als heute.

Bei der Rentenversicherung führen wir einen Beitragsbonus von 50 € für die Eltern aller ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kinder ein. Der Bonus wird bis zum 12. Lebensjahr eines Kindes gewährt.

In der Krankenversicherung werden alle Kinder beitragsfrei versichert. Die Gesundheitskosten aller Kinder werden aus Steuermitteln finanziert. Wer ein höheres Einkommen hat und damit mehr Steuern zahlt trägt damit mit einem höheren Betrag zu dieser solidarischen Leistung bei.

Rot-Grün behauptet:

Das Unions-Programm habe eine Finanzierungslücke von über 40 Mrd Euro.

Wahr ist:

Die Behauptung von Rot-Grün ist nur ein neuer Beweis für die Unfähigkeit, mit Zahlen umzugehen. Noch jede Schätzung von Rot-Grün über die Staatsfinanzen, die Wichtungsansichten oder die Arbeitslosigkeit war falsch. Das gilt auch für die Behauptungen über das Unions-Programm.

Jede unserer Maßnahmen ist durch eine Gegenfinanzierung abgedeckt.

Angesichts des riesigen Schuldenbergs im Bundeshaushalt können wir beispielsweise die Senkung der Lohnzusatzkosten für mehr Arbeitsplätze, nicht umsetzen ohne eine

Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wir nehmen bewusst diese alles andere als populäre Maßnahme in unser Programm vor der Wahl auf, um gerade bei der Finanzierung des Programms glaubwürdig zu bleiben und den Bürgern reinen Wein einzuschenken.

Rot-Grün dagegen bleibt bei der Politik der leeren Versprechungen. Allein im Wahlprogramm der SPD stehen ungedeckte Schecks in Höhe von über 60 Milliarden Euro.

Rot-Grün behauptet:

Bei der Union zahlen Krankenschwester und Chefarzt gleich viel für die Krankenversicherung

Wahr ist:

Das ist falsch. Zwar ist die persönliche Gesundheitsprämie der Union für den Chefarzt und für die Krankenschwester gleich hoch, weil beider Gesundheit gleich viel wert ist. Aber: Der Chefarzt zahlt in unserem Modell wesentlich mehr für die Krankenversicherung als die Krankenschwester. Denn der soziale Ausgleich wird über die Arbeitgeberprämie und die Gesundheitskosten von Kindern werden über Steuermittel finanziert. D.h.: Hohe Einkommen tragen viel, niedrigere Einkommen weniger dazu bei. Heute werden diese Leistungen allein von den Beitragszahlern finanziert, d.h. Normalverdiener tragen die Hauptlast, Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze tragen gar nichts.

Bei der Gesundheitsprämie der Union greift für Versicherte mit niedrigem Einkommen automatisch der Sozialausgleich. Sie zahlen zum Zeitpunkt der Umstellung nicht mehr als heute, Normalverdiener meist sogar weniger als heute. Bei der rot-grünen Bürgerzwangsversicherung dagegen drohen gerade für mittlere Einkommen deutlich steigende Beiträge. SPD und Grüne haben sich auf Einzelheiten bewußt nicht festgelegt. Nach aller Erfahrung mit Rot-Grün heißt das: Es wird teuer. Klar ist bei Rot-Grün nur eines: Alle werden in eine Einheitskasse gezwungen. Dann erhält jeder Einheitsmedizin und wer Spitzenmedizin will, muss es sich aus eigener Tasche leisten können.

Rot-Grün behauptet:

Mit der Union werde der Kündigungsschutz abgeschafft.

Wahr ist:

Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen bleibt der Kündigungsschutz wie er heute ist. Aber wir wollen etwas tun für Neu-Einstellungen. Davon profitieren zum Beispiel die 1,8 Mio Langzeitarbeitslosen, die von Rot-Grün im Stich gelassen werden. Kleine Betriebe wollen wir zu Neueinstellungen ermutigen, indem wir für neu eingestellte Mitarbeiter den Kündigungsschutz lockern. Bei Neueinstellungen soll die Möglichkeit eingeräumt werden, vertraglich eine Abfindung für den Fall der Kündigung zu vereinbaren, wenn dafür auf eine Kündigungsschutzklage verzichtet wird.

Rot-Grün behauptet:

Die Union tue nichts für Frauen und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wahr ist:

Die Union will die Gleichberechtigung von Frauen. Erste Voraussetzung dafür ist, dass genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das Hauptziel der Union, insgesamt wieder zu Wachstum und zu sicheren und zusätzlichen Arbeitsplätzen zu kommen, ist deswegen auch das zentrale Anliegen unserer Politik für Frauen. Unter Rot-Grün sind über 2 Millionen Frauen arbeitslos. Das ist das konkrete Ergebnis rot-grüner Frauenpolitik.

Gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen werden wir die Betreuungsangebote bedarfsgerecht erweitern, insbesondere für Kleinkinder und in der vorschulischen Phase, bis hin zu Ganztagsangeboten. Die Union hält fest am Recht auf Teilzeitbeschäftigung während der Kindererziehung oder einer Zeit der Pflege von Angehörigen.

Die Union hat, im Gegensatz zu Rot-Grün, ein Frauenbild der Selbstbestimmung. Wir respektieren die persönliche Entscheidung einer Frau, wie sie ihr Leben gestalten will. Die Union schafft die Bedingungen, damit diese persönliche Entscheidung getroffen und realisiert werden kann.

Rot-Grün behauptet:

Mit der Union gehe Deutschland energiepolitisch wieder in eine „strahlende Zukunft“

Wahr ist:

Die Union setzt sich ein für einen breit gefächerten, klimaverträglichen Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie, Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie sowie Geothermie. Nicht durch Einseitigkeit wie bei Rot-Grün sondern durch diese Vielseitigkeit kommen wir zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen für Wirtschaft und Verbraucher..

Rot-Grün hat 2000 den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie beschlossen, ohne Rücksicht auf die Folgen für Strompreise und Klimaschutz. Schon heute sind fast nirgends in Europa die Energiepreise so hoch wie in Deutschland. Rot-Grün steigt zu Hause aus, importiert aber Kernkraft-Strom zu höheren Preisen aus dem Ausland.

Die Union wird die Betriebsdauer jedes deutschen Kernkraftwerkes ausschließlich daran orientieren, wie lange das größtmögliche Sicherheitsniveau gewährleistet ist. Die Union wird die Weichen für eine geordnete Entsorgung stellen.

Rot-Grün behauptet:

Die neuen Bundesländer würden von der Union benachteiligt

Wahr ist:

Die ostdeutschen Länder könnten heute besser dastehen – ohne Rot-Grün.
Die allmähliche Angleichung der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands ist unter Rot-Grün ins Stocken geraten. Der Strukturwandel hat an Schwung verloren.

Die Union hat sich klar zu ihren Verpflichtungen gegenüber den neuen Ländern bekannt: Zwischen 2006 und 2019 werden Solidarpaktmittel in Höhe von 156 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die Union setzt sich für eine Fortsetzung der Förderung durch die Europäische Union ein. Ausschreibungen des Bundes werden so zugeschnitten, dass auch kleinere Betriebe in den neuen Ländern eine Chance haben, Aufträge zu erhalten. Die Union sichert die notwendigen Mittelzuweisungen im Verkehrswegebau zu. Vor allem die seit langem geplanten, aber von Rot-Grün verschleppten oder auf Eis gelegten Verkehrsprojekte werden wieder aufgenommen. Das bislang befristete Gesetz zur Beschleunigung der Planung von Verkehrsprojekten wird auf unbegrenzte Zeit verlängert.

Wir werden bei bundeseinheitlichen Vorschriften Ausnahmestimmungen und Erprobungsklauseln schaffen, damit die neuen Länder bei der Ansiedlung neuer Betriebe und Arbeitsplätze schneller vorankommen.

Rot-Grün behauptet:

Die Union wolle das BAföG abschaffen

Wahr ist:

Diese Behauptung ist eine glatte Lüge. Kein Wort davon steht in unserem Programm und kein Wort davon ist wahr.